

Antrag der FDJ-Gruppe Bremen

Das Parlament der FDJ möge beschließen:

1. Die Militarisierung der Bevölkerung, der Umbau und die Zentralisierung des staatlichen Gewaltenapparates, die Zerschlagung demokratischer Grundfreiheiten und die Entrechtung großer Teile der Bevölkerung sind direkte, nicht beendete und schnell voran schreitende Kriegsvorbereitungen der herrschenden Klasse nach Innen, bei gleichzeitig steigender Aggression nach Außen.
2. Im Zuge der Einverleibung der DDR seitens der BRD, wurde das gesellschaftliche Vermögen der Bevölkerung der DDR (Immobilien, Land, Produktionsmittel, Bildungs- und Kultureinrichtungen, etc.) vom Monopolkapital der BRD geraubt. Der Staatsapparat der DDR (Polizei, Justiz und Verwaltung etc.) wurde zerschlagen und die BRD hat ihren, auf Unterdrückung ausgelegten Staatsapparat, in der DDR installiert, was eine ungemeine Vergrößerung des Gewaltenapparates bedeutet und eine Umstrukturierung des selben, die bis heute andauert, notwendig macht. Ab diesem Zeitpunkt muss der Staatsapparat neben seinem bisherigen Zweck, nämlich die Bevölkerung/Arbeiterklasse der BRD unter Kontrolle zu halten auch einen weiteren Zweck erfüllen, nämlich die Kontrolle des Annexionsgebietes, was ganz neue Strukturen und Einrichtungen erforderlich macht. Ein Beispiel ist der Bundesgrenzschutz: Laut Gesetz zu dieser Zeit an der Grenze bis 30 km ins Inland tätig stand sie ab dem 03.10.1990 auf dem gesamten Gebiet der DDR und verrichtete als paramilitärische Einheit mit Kombattantenstatus die Aufgabe der noch nicht vorhandenen Bereitschaftspolizei. Die Ursache für den Staatsumbau und somit dem „Notstand der Republik“ liegt also in der Annexion der DDR. Die Bevölkerung der annektierten DDR hat es also mit einem doppelten Notstand zu tun: Erstens mit der Installierung des imperialistischen Gewaltenapparates infolge der Annexion der DDR und zweitens mit dem rasanten Umbau dieses Staatsapparates.
3. Der Schwerpunkt der FDJ liegt auf dem Kampf gegen den Notstand der Republik, der zugleich ein Kampf gegen den Krieg des deutschen Imperialismus und die Annexion der DDR ist. Dieser Kampf wird sowohl inhaltlich als auch praktisch, unter Berücksichtigung der Linie „Eine Organisation in zwei Ländern“ geführt.
4. Die FDJ fördert praktisch und inhaltlich die Aktivitäten des Jugendaktionsausschusses – Notstand der Republik als ein Ausschuss, der gegen den drohenden Krieg und Faschismus kämpft. Die FDJ reicht allen fortschrittlichen Organisationen, die gegen den Staatsumbau kämpfen die Hand.

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg !

Anhang (zum Antrag; Prot.)

Fakten zum 1. Punkt

Geographische und Gesellschaftliche Militarisierung des Landes

Aufbau des Heimatschutzes und der ZMZ (Zivil – Militärische - Zusammenarbeit)

- Streitkräfteunterstützungskommando in Köln – Wahn. (SKUKdo)
- 4 Wehrbereichskommandos in Kiel, Mainz, Erfurt und München.
- 16 Landeskommmandos entsprechend den Bundesländern.
- Verbindungskommandos auf Bezirks Ebene.
- Verbindungskommandos bei allen Landkreisen und kreisfreien Städten
- Mobile Regionale Planungs- und Unterstützungskommandos.
- ZMZ – Stützpunkte.

Den Landesregierungen werden Bundeswehroffiziere zur Seite gestellt. Die Bundeswehr ist somit

offizieller Berater der Regierung.

Reservisten

– Bildung von 429 Landkreisen und kreisfreien Städte, sowie 34

Bezirksverbindungskommandos

bestehend aus ausschließlich ortsansässigen Reservisten (insg.10.000 – Die CDU fordert insg. 250.000), davon mind. 12 in jedem Landkreis.

– 5000 Reservisten für ZMZ – Stützpunkte

(Heimatschutzkommandos sollen ständige Verbindung mit den zivilen Hilfsorganisationen aufbauen. Somit werden 3,5 Millionen Menschen in den Dienst der Bundeswehr gestellt)

Beauftragte der Bundeswehr für die Zivilmilitärische Zusammenarbeit

– Leiter der Verbindungskommandos, sie sollen in den kreisfreien Städten und Landratsämtern Räume bekommen.

Zusammenlegung von Polizeien, Geheimdiensten und Militär z.B.

Aufbau des GTAZ – Vereint sind dort u.a.:

– Bundeskriminalamt

– Bundesamt für Verfassungsschutz

– BND

– Bundespolizei

– Zollkriminalamt

– MAD

– Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

– Generalbundesanwalt

Gemeinsames Analyse- und Strategie Zentrum illegale Migration – vereint sind dort:

– Bundeskriminalamt

– BND

– Bundespolizei

– Bundeszollverwaltung

– Auswärtigem Amt

– Bundesamt für Verfassungsschutz

– Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Das Trennungsgebot ist damit faktisch aufgehoben !

c. Gefährdung der Demokratie

Neue Dateien

Neue Gesetze

weiteres

d. Entrechtung für Große Teile der Bevölkerung

Hartzgesetze (I- IV)

Die Entrechtung der Betroffenen Menschen betrifft u.a. folgende Grundgesetze:

- Unverletzlichkeit der Wohnung

- Recht auf freie Berufswahl

- Recht auf Freizügigkeit